

## In Kürze

### STAATSPERSONAL

#### Beratermandate für Topkader

Der Regierungsrat muss prüfen, wie Topkader in der Kantonsverwaltung auch nach ihrer Pensionierung als Seniorberater weiterbeschäftigt werden können. Diese Forderung von Reto Steiner (EVP, Langenthal) und Erwin Fischer (FDP, Lengnau) hat der Grosse Rat gestern mit 104 zu 23 Stimmen als Postulat gutgeheissen. Einzig die BDP wollte von dieser Forderung nichts wissen. *ue*

### GROSSER RAT

#### Gegen die Krise

Der Grosse Rat hat gestern zwei Vorstösse als unverbindliche Postulate überwiesen, welche Investitionen des Kantons im Kampf gegen die Wirtschaftskrise fordern. Diese sollen insbesondere dem Klimaschutz und den KMU nützen. Christine Häslar (Grüne, Wilderswil) und Corrado Pardini (SP, Lyss) begründeten ihre Vorstösse vor allem damit, dass dem Kanton eine stabilisierende Funktion zukomme. Die öffentliche Hand müsse sich in der Krise antizyklisch verhalten. *drh*

### SVP

#### Neuer Grossrat

Bernhard Zumbach aus Unterbach bei Meiringen ist gestern als Grossrat vereidigt worden. Der 49-jährige Landwirt gehört



## GEMEINDEFUSIONEN

# Grosser Rat erhöht den Druck

**Der Kanton soll Gemeinden in gewissen Fällen zu Fusionen zwingen können. Das hat der Grosse Rat gestern bei der Revision des Finanz- und Lastenausgleichs entschieden. Die SVP wehrte sich vergeblich gegen diesen Zwang.**

Bei der Debatte über die Grundzüge der Revision des Finanz- und Lastenausgleichs (Filag) ging es gestern im Grossen Rat einzig noch um die Gemeindefusionen. Alles andere hatte das Parlament letzte Woche beschlossen (siehe Ausgabe vom 22. Januar). Wie erwartet sprach sich der Grosse Rat dafür aus, dass der Kanton Gemeinden in bestimmten Fällen zu Fusionen zwingen kann. Mit 108 gegen 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen entschied er sich für einen entsprechenden Antrag der vorberatenden Kommission und gegen einen Antrag der SVP. In der Schlussabstimmung nahm das Parlament den Bericht zur Filag-Revision mit 103 gegen 26 Stimmen bei 4 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis.

#### Grosser Rat soll eingreifen

Bezüglich Gemeindefusionen wird damit bei der Filag-Revision diejenige Variante weiterverfolgt, welche die in der Kantonsverfassung verankerte Bestandesgarantie der Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen aufhebt. In den folgenden Fällen soll der Grosse Rat Fusionen verordnen können:

- bei Fusionsprojekten mit mehr als zwei Gemeinden, wenn die Mehrheit der Gemeinden und der Stimmberechtigten dafür ist.
- wenn eine Gemeinde allein nicht überlebensfähig ist.

Zudem sollen in Fällen, in denen eine finanziell aussichtsreiche Fusion abgelehnt oder gar nicht erst geprüft wird, Finanzausgleichszahlungen gekürzt oder gestrichen werden können.

#### SVP gegen Zwang

Diverse SVP-Grossräte kämpften engagiert für den Antrag ihres Fraktionschefs Peter Brand (Münchenbuchsee), wonach die Bestandesgarantie der Gemeinden weiterhin absolut gelten müsse. «Fusionen müssen von unten wachsen und demokratisch legitimiert sein», sagte Brand. Es sei nicht nötig, Zwang einzusetzen. Und es stimme nicht, dass bislang gar nichts oder nur wenig gegangen sei.



Peter Brand (SVP) ist gegen Zwangsfusionen.

Das sahen andere ganz anders: Stellvertretend für viele, zeigte Reto Steiner (EVP, Langenthal), wie wenig das Gesetz zur Förderung von Gemeindefusionen mit seinen finanziellen Anreizen gebracht hat: Acht Fusionen seien dadurch zu Stande gekommen, so Steiner. Im Kanton Bern laufe diesbezüglich weit weniger als in anderen Kantonen. Steiner betonte zudem, viele Berner Gemeinden bewegten sich an der Grenze und seien nur dank dem Filag überlebensfähig.

Deutlich wurde auch Blaise Kropf (Grüne, Bern): Die weit gehende politische Parzellierung des Kantons sei hemmend. Die Folgen seien Unbeweglichkeit, Doppelspurigkeiten und das Fehlen grossräumiger Lösungen. Im seltenen Gleichklang mit Susanne Bommeli (FDP, Bremgarten) und Lorenz Hess (BDP, Stettlen) forderte Kropf «es Bitzeli meh Druck» auf die Gemeinden. Bommeli zeigte sich überzeugt, die vorgesehene Regelung werde nur selten zum Zug kommen, da die Hürden hoch seien.

Für die SP hielt Emil von Allmen (Gimmelwald) fest: «Ineffiziente Gemeindestrukturen wollen wir nicht aufrechterhalten und durch den Kanton finanzieren lassen.» Auch er befand, bezüglich Strukturereinigung passiere im Bernbiet zu wenig.

Die Regierung war ebenfalls für die Kommissionsvariante. Finanzdirektor Urs Gasche (BDP) sagte, die Formulierung des Leitsatzes zeige, dass man keine Zwangsfusionen im grossen Stil wolle, sondern bloss dort «korrigierend» eingreifen

wolle, wo eine Minderheit sinnvolle Lösungen verunmögliche.

#### Volk hat das letzte Wort

Nach dem gestrigen Ja ist allerdings noch nichts in Stein ge-

meisselt. Zuerst muss der Grosse Rat die konkreten Verfassungs- und Gesetzesänderungen beschliessen. Wegen der Verfassungsänderung wird das Volk das letzte Wort haben. *FAB/DRH*



## KOMMENTAR

FABIAN SCHÄFER

### Ein wenig Zwang

Man muss es immer wieder sagen: Die Gemeindekarte des Kantons Bern gleicht einem klein karierten Flickenteppich. Gut 30 Gemeinden haben weniger als 200 Einwohner; weitere knapp 100 Gemeinden zählen keine 500 Seelen. Nur gut 180 Gemeinden – also nicht einmal die Hälfte aller 392 Gemeinden – haben mehr als 1000 Einwohner.

Es stimmt zwar, dass klein nicht immer schlecht und grösser nicht immer besser ist, aber trotzdem: Eine derart zerstückelte Struktur ist nachteilig. Sie erschwert etwa Planungsaufgaben beträchtlich und verhindert kluge Lösungen für Regionen. Gezielte Fusionen müssen daher im Interesse des Kantons sein.

Es ist also vernünftig, wenn der Grosse Rat die Schraube ein klein wenig anziehen will. Die Bedingungen, unter denen Zwangsfusionen möglich

sein sollen, sind ziemlich restriktiv. Der Kanton kann keinesfalls wild die Gemeindefusionen umpflügen. Zwangsfusionen dürften die grosse Ausnahme bleiben. Die Bedingungen sind zudem nachvollziehbar. Wer will dagegen sein, dass eine Gemeinde, die ihre Ämter nicht besetzen kann, fusioniert wird? Wichtig ist nun, dass die Bedingungen im Gesetz präzise definiert werden. Sonst werden in der politischen Realität viele Versuche scheitern, Fusionen durchzusetzen. Grundsätzlich sind Fusionen geeignet, die Gemeinden leistungsfähiger zu machen, damit sie mehr Aufgaben übernehmen und dem Kanton die Stirn bieten können. Gute Fusionen stärken die Gemeindeautonomie. Und manchmal muss man halt ein wenig nachhelfen.

fabian.schaefer@bernerzeitung.ch